

Schwerpunkt Thomas Zwiefelhofer zur Flüchtlingskrise

«Die Flüchtlingsströme suchen sich dann einfach einen neuen Weg»

Interview Die wahren Ursachen des Flüchtlingsdramas müssten ausserhalb Europas gelöst werden, erklärt Innenminister Thomas Zwiefelhofer im Gespräch mit dem «Volksblatt».

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Herr Innenminister. Wenn Sie im Fernsehen die Bilder der europäischen Flüchtlingskrise sehen, was geht Ihnen dann durch den Kopf?

Thomas Zwiefelhofer: Grosse Betroffenheit. Wenn ich mir als Familienvater vorstelle, dass ich in so einer Situation wäre, in einem Land, in dem Krieg herrscht, in einem Land, in dem in der eigenen Wohnung Kugeln durch das Wohnzimmer fliegen, in einem Land, in dem Bomben auf Schulen geworfen werden – das möchte ich mir als Familienvater gar nicht vorstellen. Es ist schockierend, die Berichte von Menschen, die das alles erlebt haben, zu sehen und zu hören. Man denkt natürlich unweigerlich darüber nach, was die Welt nun tun könnte. Man wünscht sich, dass das sofort aufhört. Besonders eindrücklich fand ich ein Kind in Syrien, das auf die Frage eines Journalisten, was jetzt getan werden müsse, geantwortet hat: «Stopp einfach den Krieg, Gewalt, Folter und Verfolgung sind der Kern des Problems. Das muss man stoppen. Alles, was daran anschliesst, sind Konsequenzen einer gescheiterten Politik.»

Wir sehen derzeit Bilder vor allem aus Österreich, aus Deutschland, aus Ungarn oder Griechenland. Wie viel von all dem betrifft uns hier derzeit in Liechtenstein?
Man muss unterscheiden. Die internationale Situation bewegt uns emotional als Menschen und als Europäer. Man verspürt das Bedürfnis, helfen zu wollen. Spezifisch im Hinblick auf die aktuelle Situation in Liechtenstein muss man sagen, dass die Lage bei uns derzeit ruhig und stabil ist. In diesem Jahr hat bislang genau eine Person aus Syrien auf eigenem Weg bei uns um Asyl angesucht. Das heisst, dass sich der gesamte Flüchtlingsstrom auf der Mittelmeerroute, aber vor allem auf der sogenannten West-Balkanroute, offensichtlich in Richtung Deutschland bewegt. Liechtenstein ist vermutlich aufgrund der geografischen Situation,

vielleicht auch aufgrund der Verkehrssituation und der geringen Bekanntheit, kein Zielland für die Flüchtlinge aus dem arabischen Raum. Das führt dazu, dass wir vor anderen Herausforderungen im Asylbereich stehen als zum Beispiel Deutschland und Österreich. Das kann sich aber schnell ändern – unter Umständen innerhalb von Tagen. Darum hat die Regierung beschlossen, dass wir uns mit konkreten Massnahmen vorbereiten sollten. Mit einer Task-Force, um im Notfall schnell Entscheide fallen zu können und im Hinblick auf Unterkünfte, um im Notfall zumindest beschränkt reagieren zu können. Je nach Situation wären wir aber natürlich auch sehr schnell überfordert. Dessen muss man sich bewusst sein.

Als Wirtschaftsminister dürften Sie es häufiger mit der Globalisierung von Märkten zu tun haben. Gibt es auch eine Globalisierung für Menschen und vor allem: Sind Politik und Gesellschaft darauf vorbereitet?
Hier muss man unterscheiden zwischen der physischen und der digitalen Welt. In der digitalen Welt ist die Globalisierung extrem weit fortgeschritten. Durch die digitale Kommunikation hat sich die Welt sehr stark verkleinert. Man ist vernetzt und gelangt viel schneller an Informationen. Das ist ein Thema, das auch die Flüchtlingsthematik stark einbeinflusst. Ein Entscheid eines Bundesamts für Flüchtlinge und Migration in Deutschland, der kommunikativ vielleicht nicht ganz präzise ist, und ein Kommentar von einer Bundeskanzlerin können sich innerhalb von wenigen Stunden verbreiten und im ganzen arabischen Raum in den Flüchtlingslagern als frohe Botschaft und als Hoffnungssignal verstanden werden. Das löst sofort massive Menschenströme aus. Damit kommen wir in die physische Welt. Dort haben wir auf der einen Seite die Personenfreizügigkeit, möglichst freien Waren- und Güterverkehr, man möchte den Aussenhan-

del immer stärker öffnen. Auf der anderen Seite haben wir Menschen, die Ängste und Befürchtungen hegen, dass ihr Lebensraum und ihre Arbeitswelt massiv überannt werden könnten – Stichwort Masseneinwanderung. Die Politik steht vor der Herausforderung, die ökonomischen Vorteile der freien Bewegung im digitalen und physischen Bereich zu verbinden und die Vorteile zu erhalten. Gleichzeitig müssen aber die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernst genommen werden und es darf nicht übertrieben werden mit der Freizügigkeit. Hierbei die Balance zu finden, ist eine ganz schwierige Herausforderung.

«Je nach Situation wären wir aber natürlich auch sehr schnell überfordert.»

Sie waren am Montag beim Treffen der europäischen Innenminister in Brüssel. Ein Treffen, das nur sehr wenige Antworten geliefert hat. Ganz direkt gefragt: Hat irgendein Land in Europa die aktuelle Krise noch im Griff oder besteht irgendeine Aussicht, diese Krise kurz- oder wenigstens mittelfristig in den Griff zu bekommen?

Ich bin grundsätzlich Optimist – damit bin ich übrigens nicht alleine. Auch andere Innenminister sind optimistisch. Bei diesem Treffen waren nur die Innenminister, also kein Ministerpräsident oder Aussenminister anwesend. Das gesamte Flüchtlingsthema umfasst aber viele wichtige andere Aspekte. Es ist in diesem Zusammenhang auch wichtig zu betonen, dass es nicht die Aufgabe der Innenminister ist, die Probleme in den Ursprungsländern zu lösen. Wir haben die schwierige Aufgabe, das Problem in unseren Heimatländern in den Griff zu bekommen und nicht die Kontrolle zu verlieren. Dabei geht es um Fragen der Sicherheit und darum, die humanitäre Aufnahme zu gewährleisten. Die Aussenminister sind gefordert, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Situation in den Ursprungsgebieten stabilisiert und den Menschen dort wieder eine Perspektive bieten kann. Wenn die Situation weiterhin blockiert bleibt, werden die Staats- und Regierungschefs gefordert sein, sich an einen Tisch zu setzen und eine gemeinsame Lösung – zumindest für Europa – zu finden. Man muss zwischen Innen- und Aussenpolitik unterscheiden und schlussendlich ist das Funktionieren der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums in der Verantwortung der Staatschefs, des Europäischen Rats.

Wer den Fall des Eisernen Vorhangs miterlebt hat, dürfte derzeit fassungslos auf das reagieren, was wir in Europa gerade erleben. Wir sehen Grenzäune, wir sehen NATO-Stacheldraht, wir sehen immer mehr heruntergelassene Schlagbäume: Ist der Traum vom vereinten Europa vorbei?

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer. (Archivfoto: Michael Zanghellini)



Der neue Grenzzaun zwischen Ungarn und Serbien. Kurz nach dieser Aufnahme kam es zu schweren Ausschreitungen, über die das «Volksblatt» in dieser Ausgabe auf Seite 16 berichtet. (Foto: Keystone/EPA/Tamas Soki)

Der Traum vom freien und vereinten Europa war ein Traum für die Europäer und wird dies auch weiterhin sein. Die Frage ist jedoch, wie viel Öffnung Europa nach aussen bieten will. Es wäre fatal, wenn der Traum vom freien und offenen Europa innerhalb der europäischen Aussen Grenzen aufgegeben werden müsste, aufgrund einer Situation, die uns von aussen aufgezwängt wird. Die grosse Herausforderung wird darin bestehen, einen Weg zu finden, wie Menschen legal nach Europa kommen können – ohne mit dem Schlauchboot über das Mittelmeer reisen oder tagelang durch den Balkan marschieren zu müssen. Die Frage lautet, wie es Europa schaffen kann, die Vision von einem offenen, freien und wirtschaftlich gesunden Europa auch für Menschen von ausserhalb zu öffnen, ohne die Kommanitätäre Aufnahme zu gewährleisten. Die Aussenminister sind gefordert, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Situation in den Ursprungsgebieten stabilisiert und den Menschen dort wieder eine Perspektive bieten kann. Wenn die Situation weiterhin blockiert bleibt, werden die Staats- und Regierungschefs gefordert sein, sich an einen Tisch zu setzen und eine gemeinsame Lösung – zumindest für Europa – zu finden. Man muss zwischen Innen- und Aussenpolitik unterscheiden und schlussendlich ist das Funktionieren der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums in der Verantwortung der Staatschefs, des Europäischen Rats.

«Grosse Strömungen von Menschen kann man mit Zäunen kurzfristig umleiten, aber Aufhalten ist wahrscheinlich sehr schwierig.»

Wahrscheinlich sehr schwierig. Darum besteht die grosse Herausforderung darin, Europas Aussenengrenze zu stabilisieren, um wieder einen kontrollierten Prozess an der Aussenengrenze aufzubauen.

Wenn man es zynisch betrachten wollte, könnte man sagen, dass Dublin III sehr gut funktioniert. Einzelne Länder schieben Flüchtlinge ab. Am Ende landen sie dort, wo sie zuerst europäischen Boden betreten haben. Die westeuropäischen Länder sind fein raus und Länder wie Griechenland können sehen, wie sie damit klarkommen. Das kann doch in diesen Dimensionen nicht ernsthaft europäische Flüchtlingspolitik sein – ist Dublin III gescheitert?
Ich glaube, Dublin III benötigt eine Weiterentwicklung aufgrund der neuen Ausgangslage im Umfeld Europas. Das Dublin-Abkommen, in

dieser Form, wie es heute besteht, wurde in einer Situation entwickelt, als in anderen Ländern im Umfeld von Europa – Libyen, Syrien und Ägypten – stabile Situationen geherrscht haben. Als Menschen noch eine stabile wirtschaftliche Zukunft hatten. In Syrien lebte ein grosser, gut ausgebildeter Mittelstand, Syrien verfügte über hervorragend ausgebildete Ärzte und war ein vergleichsweise wohlhabendes Land. Allerdings waren die Menschenrechte ein grosses Problem. Nun herrscht in Syrien Bürgerkrieg. Syrien ist praktisch zerstört. Dies ist eine völlig neue Ausgangslage. Betrachtet man darüber hinaus den Konflikt in Libyen und bezieht die Konsequenzen des Arabischen Frühlings mit ein, ist die Ausgangslage heute eine ganz andere, als sie es damals bei der Entwicklung des Abkommens war. Darum bin ich persönlich der Auffassung, dass eine Weiterentwicklung des Dublin-Abkommens wichtig ist und dass

man auf die neuen Herausforderungen Antworten finden muss.

Wir wissen zwar, dass weltweit etwa 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Wir wissen aber nicht, wie viele davon derzeit auf dem Weg nach Europa sind. Wie können wir über Quoten reden, wenn wir nicht einmal wissen, wie viele Menschen in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten, wenn nicht Jahren ihre Zukunft in Europa suchen wollen? Ist das nicht Aktionismus?
Mit den Quoten will man vor allem über die hauptbetroffenen Länder innerhalb der EU entlasten. Also Italien, Griechenland und Ungarn. Im Sinne der Solidarität und einer gerechten Lastenverteilung geht es darum, die Flüchtlingsströme innerhalb von Europa anders zu verteilen. Wir reden nicht über Quoten im Hinblick auf die Zulassung von aussen, also wie viele Menschen aus den Flüchtlingslagern nach Europa gebracht werden sollen. Diese Quo-

ten sind ein positives Signal. Das sind Menschen, die einen anerkannten Fluchtgrund haben. Bei der Steuerung der Flüchtlingsströme ist die erste und wichtigste Herausforderung, stabile Situationen an den Aussenengrenzen zu erreichen, um eine kontrollierte Zuwanderung nach Europa zu erreichen. Das ist eine sehr grosse Herausforderung. Hierbei spielen auch militärische Fragen eine Rolle und auch die UNO ist gefordert. All dies kann Europa nicht alleine erreichen. Dazu ist das Engagement weiterer Länder nötig. Auch von den USA und Russland. In der Frage der Zuwanderung nach Europa müssen wir in viel grösseren Dimensionen denken als nur innerhalb der Grenzen Europas, es geht um internationale Politik.

ten und die anerkannten Flüchtlinge. Es gibt derzeit nur sehr wenige Arbeitsangebote. Die Flüchtlingshilfe Liechtenstein nimmt gerne Angebote im Rahmen der Nachbarschaftshilfe (u. a. Mithilfe in Haushalt und Garten), aber auch weitergehende Angebote für die Beschäftigung von Asylsuchenden und Flüchtlingen entgegen. Eine Beschäftigung ist für diese Menschen die beste Möglichkeit, den Alltag zu bewältigen und für sich und allenfalls ihre Familie selbst zu sorgen.

Spendenaufruf für syrische Flüchtlinge in ihrem Heimatland erlassen. Vielen vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen, welche im Land verblieben sind, fehlt es an grundlegenden Dingen, wie etwa Unterkünften, Decken, Kleidern, Lebensmitteln. Flüchtlingshilfe, Caritas und Rotes Kreuz unterstützen mit den Spendengeldern ein Projekt in der stark umkämpften syrischen Stadt Aleppo. Dort gibt es ein lokales Team täglich 6300 Mahlzeiten an intern vertriebene Flüchtlinge ab, vor allem an Frauen, Kinder und ältere Personen.

Radio L: Spendentag am Freitag
Es ist erfreulich, dass Radio L diese Aktion unterstützt und diesen Freitag zwischen 6 und 18 Uhr einen Spendentag für Syrien durchführt. Die Flüchtlingshilfe Liechtenstein hofft auf zahlreiche kleine und grosse Spenden für die vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen in Syrien.

Verein Flüchtlingshilfe Liechtenstein

Flüchtlingsdrama: Was können die Menschen in Liechtenstein tun?

Solidarität Liechtenstein ist zwar von der derzeit sehr grossen Flüchtlingswelle nur am Rande betroffen, trotzdem ist die Zahl der Asylsuchenden aus verschiedenen Ländern in den letzten Monaten auch in unserem Land deutlich angestiegen.

Die Flüchtlingshilfe Liechtenstein freut sich über die grosse Hilfsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung für die Asylsuchenden in unserem Land. Hilfe ist jetzt aber vor allem vor Ort in den vom Krieg betroffenen Ländern geboten. Die Flüchtlingshilfe hat deshalb zusammen mit der Caritas Liechtenstein und dem Liechtensteinischen Roten Kreuz zu einer Spendenaktion für Flüchtlinge im syrischen Aleppo aufgerufen. Am kommenden Freitag führt Radio L einen Spendentag für

diesen Zweck durch. Das Aufnahmezentrum in Vaduz ist derzeit voll belegt. Es musste bereits auf andere Räumlichkeiten ausgewichen werden. Die Regierung und die Flüchtlingshilfe sind bestrebt, die notwendigen Unterkünfte für Asylsuchende in Liechtenstein bereitzustellen. Es werden derzeit verschiedene Unterbringungsmöglichkeiten geprüft. Gedacht ist hier vor allem an Sammelunterkünfte, welche die Betreuung gegenüber kleineren Wohneinheiten erleichtern.

Grosse Hilfsbereitschaft

Bei der Flüchtlingshilfe gehen in diesen Tagen sehr viele Hilfsangebote aus der Bevölkerung ein. Es treffen Angebote zur Unterbringung von Asylsuchenden wie auch solche für diverse Hilfsgüter (z. B. Kleidung, Nahrungsmittel, hygienische Artikel) ein. Auch andere freiwillige Leistungen wie Deutschkurse und die Übernahme von Betreuungsaufgaben werden vermehrt angeboten. Die Flücht-

lingshilfe Liechtenstein freut sich über die überaus grosse Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung und dankt herzlich dafür. Hierzu ist aber festzuhalten, dass Asylsuchende in Liechtenstein grundsätzlich die Mittel erhalten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die verschiedenen Hilfsangebote werden trotzdem bei Bedarf gerne entgegengenommen (Tel. 388 12 90 / E-Mail: info@fluechtlingshilfe.li). Wenn ein entsprechender Bedarf gegeben ist, meldet sich die Flüchtlingshilfe bei den betreffenden Personen. In diesen Tagen erreichen uns insbesondere zahlreiche Angebote für Kleiderspenden. Die Flüchtlingshilfe ersucht, Kleider nach vorheriger Anmeldung direkt beim Hilfswerk in Triesen abzugeben. Das Hilfswerk kleidet die Asylsuchenden in Liechtenstein jeweils ein.

Fehlende Arbeitsmöglichkeiten

Ein grosser Bedarf besteht hingegen nach wie vor in Bezug auf Arbeitsmöglichkeiten für die Asylsuchenden

in dieser ganzen Diskussion stellt sich für uns aber auch die Frage nach der Rolle Liechtensteins. Was kann und muss Liechtenstein überhaupt als so kleines Land innerhalb der Staatengemeinschaft tun? Liechtenstein ist angewiesen auf ein leicht weiterentwickeltes – Dublin-System. Weil wir auf das Dublin-System angewiesen sind, sollten wir meiner Meinung nach auch dazu beitragen, dass dieses System funktioniert und mit gutem Beispiel vorangehen und mitarbeiten. In den freiwilligen Bereichen des Abkommens müssen wir uns gut überlegen, wie weit wir mit unseren sehr beschränkten Ressourcen gehen können – das heisst in Hinblick auf den begrenzten Raum, die Infrastruktur und die personellen und finanziellen Ressourcen. In den zwingenden Bereichen des Abkommens muss uns klar sein, dass wir keine andere Wahl haben und die zwingenden Dublin-Schengen-Massnahmen mittragen müssen. Für mich ist klar: Ein Austritt aus Schengen-Dublin ist für Liechtenstein keine Alternative. Weder ökonomisch noch im Hinblick auf Sicherheitsfragen.

Nehmen wir an, morgen stünden an der Grenze in Schaanwald 500 Flüchtlinge. Ist Liechtenstein überhaupt auf so ein Szenario vorbereitet? Haben wir Potenzial, um überhaupt eine grössere Anzahl Flüchtlinge aufzunehmen?

Wenn sie Liechtensteiner Gebiet betreten und hier um Asyl ansuchen – nehmen wir an, aus Syrien – dann ist die Situation, so wie sie ist. Dann würden wir alle Kräfte aufbieten, die uns zur Verfügung stehen. Wir können auf die Unterstützung des Schweizer Grenzwachtrags zählen, das im Rahmen des Zollvertrags für unseren Aussenschutz mit zuständig ist. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir in einer Krisensituation auf die Nachbarländer zählen könnten. Wir würden aber natürlich auch die Bevölkerung einbinden müssen. Bereits in früheren Jahren, Stichwort Somalia, vor allem aber beim Krieg in Jugoslawien und auch schon früher, hat unsere Bevölkerung gezeigt, dass die Solidarität in Liechtenstein in solchen Situationen sehr gross ist. Wir hoffen alle, dass eine solche Situation nicht wieder eintritt, weil unser Land sehr schnell überfordert wäre. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass Liechtenstein viel Hilfsbereitschaft und Solidarität zeigen würde. Mein Ziel ist es, dass wir auf eine solche Situation zumin-

dest auf der Planungsseite einigermaßen vorbereitet sind. Solche Krisensituationen kann man niemals vollständig planen. Aber man kann zumindest klar definieren, wer zuständig ist, wie man zusammenarbeitet und wo erste Unterbringungsmöglichkeiten bestehen. Ich bin überzeugt, dass Liechtenstein mit einer solchen Situation fertig würde. Wir müssten auch damit fertig werden. Aber es wäre sicher eine grosse Herausforderung.

Spendenaktion für Flüchtlinge

Neben der Unterstützung der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Liechtenstein ist es jetzt für die Flüchtlingshilfe Liechtenstein aber vor allem wichtig, die von Krieg und wirtschaftlicher Not betroffenen Menschen auch vor Ort zu unterstützen. Die Flüchtlingshilfe hat deshalb zusammen mit der Caritas Liechtenstein und dem Liechtensteinischen Roten Kreuz einen gemeinsamen

Spiegelbild

Sie haben die Solidarität bereits angesprochen: Das Erzbistum Vaduz hat sich kürzlich dagegen ausgesprochen, selbst aktiv Flüchtlinge aufzunehmen. Wie beurteilen Sie als Innenminister diese Haltung?
Ich bin Katholik und ich bin Christ. Ich bin davon überzeugt, dass die christliche Nächstenliebe eine wichtige und grundlegende Qualität des Christentums ist. Das sollten wir meiner Meinung nach auch leben. Zu der Haltung des Erzbistums in dieser Frage möchte ich mich nicht äussern.»

ge möchte ich mich nicht äussern. Ich habe mich gefreut, dass beispielsweise das Kloster St. Elisabeth bereit war, kurzfristig eine Familie aus dem Irak zu übernehmen, weil das Aufnahmezentrum Vaduz belegt ist. Es handelt sich um eine Familie mit Kindern. Wir haben im Moment nicht genug reguläre Kapazitäten. Zur kurzfristigen Überbrückung waren wir sehr froh über diese Unterstützung. Mittel- und langfristig müssen wir mehr Platz schaffen, für die Menschen, die wirklich Schutz benötigen. Das Flüchtlingsheim ist sehr gut ausgestattet, die Betreuung ist sehr gut, die Sicherheitslage ist hervorragend mit der Landespolizei in direkter Nachbarschaft. Unterbringungen in Privatunterkünften oder Klöstern sollten die Ausnahme sein, aber ich bin jedem sehr dankbar, der in solchen Situationen hilft. Dem Kloster St. Elisabeth und auch anderen, die sich engagieren – wie unter anderem auch der Frauenverein – möchte ich wirklich meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Solidarität ist wichtig. Wir hoffen, dass wir weiterhin von einer chaotischen Situation verschont bleiben. Wenn es eine solche Situation geben sollte, wird die gesamte Regierung unter der Führung des Regierungschefs gefordert sein, nicht nur der Innenminister, der die Verantwortung für den Asylbereich und Schengen/Dublin trägt. Auch unser Staatsoberhaupt würde sich vermutlich äussern. Ich bin sehr versichert, dass wir in einer Krisensituation alle an einem Strick ziehen. Bisher war es immer so.